

CITIZEN

TVA-ERHÖHUNG

Ansatz für nachhaltige Steuerreform

Meco / woxx

Die für Ende des Jahres vorgesehene TVA-Erhöpfung nimmt der Meco als Anlass, einen ökologischen Ansatz einzuklagen.

Die Regierung will bis Ende dieses Jahres eine generelle TVA-Erhöpfung durchführen. Der Mouvement Ecologique will nicht zum Prinzip der Erhöhung Stellung zu beziehen, stellt aber die Frage, ob im Falle einer Abänderung der TVA-Sätze, nicht auch ökologische Aspekte einfließen müssten. So könnte die Gelegenheit genutzt werden, über erste Akzente im Sinne einer nachhaltigen Steuerreform nachzudenken.

Eine nachhaltige Steuerreform erlaubt ökonomische, soziale und ökologische Interessen miteinander zu verknüpfen: Ist sie doch ein marktwirtschaftliches Instrument, das komplementär zu legalen Vorgaben (Verboten, Grenzwerten) dazu beitragen kann, soziale Aspekte höher zu gewichten und u.a. den Faktor Arbeit zu entlasten und den Faktor Umweltverbrauch und -belastung zu verteuern.

Die Diskussion ist zudem umso aktueller, da die Regierung angekündigt hat, in Sachen Budgetpolitik neue Wege auch zur Förderung des Umweltschutzes zu gehen.

Der Mouvement Ecologique richtet demnach einen eindringlichen Appell an die Regierung, das Thema der nachhaltigen Steuerreform grundsätzlich anzugehen und entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Dabei könnte bereits im Rahmen der beabsichtigten Änderung der TVA-Sätze über erste Akzente nachgedacht werden. Warum in der Tat nicht die beabsichtigten Änderungen differenzierter durchführen? Das würde, natürlich in den Grenzen des EU-Rechtes, folgendes bedeuten: höhere TVA-Sätze für gesellschaftlich unerwünschte Produkte oder Prozesse und niedrigere für wünschenswerte. Derart differenzierte TVA-Sätze würden es erlauben, gesellschaftspolitische Akzente zu setzen und zumindest den Anreiz für ein nachhaltigeres Verhalten zu fördern.

Sicherlich würde der Spielraum der Nationalstaaten durch die EU eingegrenzt, Dennoch blieben Möglichkeiten einer differenzierten Gestaltung der Mehrwertsteuer. So wäre es z.B. sinnvoll, nationale Steuervergünstigungen, die aus ökologischer Sicht umstritten

sind und umweltbelastende Produkte oder Prozesse begünstigen, aufzuheben. Erhöhungen des Regelsatzes in Sektoren mit größeren sozialen Auswirkungen aber, sollten in Frage gestellt werden.

Einige Beispiele

Derzeit besteht generell ein reduzierter TVA-Satz auf dem Einsatz von Düngemitteln. Im Sinne der Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft wäre es sinnvoll, zumindest mineralische Stickstoffdünger höher zu besteuern.

Oder Einwegverpackungen: angesichts unnötigem Ressourcenverbrauch und hoher Müllberge drängt es sich doch geradezu auf, diese nicht länger von dem reduzierten TVA-Satz von 3% profitieren zu lassen. Es gilt vielmehr das Mehrwegsystem zu fördern.

Ein anderes Beispiel: die Besteuerung von Energie. Derzeit wird auf Flüssiggas und Erdgas, Kohle und Koks sowie elektrischem Strom (lediglich ein Steuersatz von 6% erhoben (bei Heizöl und Fernwärme dagegen sind es 12%). Obwohl Energiesparen angesagt ist, wird durch diesen niedrigen Steuersatz der Anreiz zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung in sein Gegenteil verkehrt.

Eine derartige Bevorzugung ist im Sinne einer nachhaltigen Energiestrategie eher kontraproduktiv. Sofern sie verteilungspolitisch motiviert ist, sei auf die Möglichkeit verwiesen, mit sozialpolitischen Maßnahmen oder einem geeigneten Rückverteilungsmechanismus von Steuermehreinnahmen gezielter und wirksamer soziale Ziele zu verfolgen. Die meisten europäischen Länder verzichten übrigens - auch bei geringeren Durchschnittseinkommen und größeren sozialen Problemen - weitgehend auf derartige Begünstigungen. Außerdem ist diese Regierung mit dem Anspruch angetreten den grünen Strom zu fördern. Da drängt es sich geradezu auf, den TVA-Satz auf grünen Strom niedriger anzusetzen. Auch Kerosin zum Betreiben von Flugzeugen ist noch immer steuerbefreit - ein völliger Anachronismus.

Die Veränderung der Mehrwertsteuersätze könnte einen ersten Schritt im Sinne eines nachhaltigen Steuerreformkonzeptes darstellen. In diesem Sinne erwartet der Mouvement Ecologique, dass diese Regierung Offenheit für neue Überlegungen zeigt

SHORT NEWS

L'Union souffle le chaud et le froid

(Florent Toniello) - Ce mardi, la commission de l'agriculture du Parlement européen a voté le rejet du règlement sur les semences proposé par la Commission (woxx 1251). En première ligne, l'eurodéputé luxembourgeois Claude Turmes qui, fort des quelque 5.500 signatures collectées au grand-duché par pétition, s'est réjoui d'une « victoire d'étape importante ». Mais attention : le texte est toujours étudié au sein du Conseil de l'Union (woxx 1253), qui a la possibilité de passer en force ou avec quelques amendements. C'est ce même Conseil qui a de facto donné carte blanche à la Commission pour acter l'autorisation de culture du maïs transgénique TC1507 de l'entreprise Pioneer. L'abstention de l'Allemagne a pesé considérablement, malgré l'opposition de 19 Etats membres. Les réactions ne se sont pas fait attendre : la fédération Liewensmëttel Ouni Gentechnik asbl a aussitôt encouragé la commissaire Viviane Reding à voter contre ce maïs, et exhorté la ministre de la Santé à l'interdire si la commission l'autorisait. Mais l'interdiction unilatérale par un Etat membre est loin d'être juridiquement sûre et la comitologie en vigueur à Bruxelles force la Commission à autoriser cette culture. Elle pourrait cependant vouloir temporiser, d'une part pour laisser passer les élections européennes, d'autre part pour qu'une proposition, déjà existante, permettant l'interdiction d'un OGM par un Etat membre d'une manière juridiquement sécurisée soit votée.

Jäger: Schweres Geschütz

(Im) - Die Wahlen vom 20. Oktober beförderten nicht nur die Grünen - erstmalig - in die Regierung und die CSV in die Opposition. In gewisser Weise ist auch der Mouvement écologique an der Regierung beteiligt - und die Jägerschaft in der Opposition. Am 4. Februar begrüßte der Mouvement per Communiqué mehrere Neuerungen im Jagdkalender 2014-15, wie die Begrenzung der Treibjagden auf acht Wochen im Herbst und die Abschaffung der „Selektionskriterien über das Geweih“ bei der Jagd auf den Hirsch. Wichtigster Kritikpunkt des Mouvement am Kalender: „Nicht ein einziger Monat im Jahr wäre jagdfrei!“ Die NGO schlug vor, ab März eine viermonatige vollständig jagdfreie Periode einzuführen. Tags darauf meldete sich der Staatssekretär für Nachhaltigkeit, Camille Gira, ein ehemaliger Mouvement-Aktivist, zu Wort: Der Jagdkalender stamme von seinem Amtsvorgänger, er habe aber immerhin die Begrenzung der Treibjagd durchgesetzt und die Jagd auf den Hirsch vereinfacht, um „die Trophäenjagd nicht zu begünstigen“. Eine der Prioritäten bei der Erstellung des nächsten Jagdkalenders sei die Einführung einer generell jagdfreien Ruheperiode für das Wild, so Gira. Auf die beiden in sachlichem Ton gehaltenen Kommuniqués folgte am 11. Februar eines der Jägerföderation mit dem Titel „Realitätsverleugnung, Unwahrheiten, Populismus, Widersprüche, Vetternwirtschaft: der neue Regierungsstil?“ Die FSHCL bestreitet, dass das Ministerium keine Zeit gehabt habe, den Jagdkalender anzupassen und unterstreicht, die Begrenzung der Treibjagden sei auf ihre Initiative erfolgt. Dass das Ministerium betont, es wolle die Trophäenjagd nicht begünstigen, diene dazu, „dem Bedürfnis der Demagogie Genüge zu tun“. Laut Jägerföderation ist es auch wildbiologisch sinnvoll, „alte und reife Hirsche“ heranwachsen zu lassen. Einen inhaltlichen Konflikt scheint es aber nur bei der Forderung nach einer Ruheperiode zu geben. Die FSHCL bemängelt, dass innerhalb des Conseil supérieur de la chasse diese Position nur vom Vertreter des Mouvement écologique vertreten werde - und vom zuständigen Staatssekretär. Dies sei ein Fall von „Vetternwirtschaft und Klientelismus“. Abschließend versichert die Föderation, sie sei einem „konstruktiven Dialog und einer positiven Zusammenarbeit keineswegs abgeneigt“. Dabei klingt das Communiqué eher wie eine Kriegserklärung. Doch weder die eventuellen Missdeutungen und Unterstellungen des Staatssekretärs, noch der Dissens in Sachen Ruheperiode lassen den aggressiven Ton der FSHCL nachvollziehbar erscheinen. Die Jägerschaft hat wohl Schwierigkeiten, ähnlich wie die CSV, ihre jahrzehntelange Vormachtstellung aufzugeben und die Oppositionsrolle zu akzeptieren.